

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken,
Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/12824 –**

Keine Waffenlieferungen nach Syrien

A. Problem

Der Antrag zielt auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages, Deutschland zu verpflichten, nach Syrien keine Waffen zu liefern. Ferner soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich in den Organen der EU für eine einjährige Verlängerung des EU-Waffen-Embargos einzusetzen und auf andere Staaten dahingehend Einfluss zu nehmen, dass auch diese die syrischen Konfliktparteien weder durch militärisches Gerät noch durch finanzielle Hilfe unterstützen. Sollte Letzteres scheitern, sollen in diese Staaten zukünftig keine deutschen Waffenlieferungen erfolgen.

Die Lieferung von Waffen nach Syrien verschärfe die dortige Lage und führe zu höheren Opferzahlen. Im Generellen internationalisierten Waffenlieferungen den Konflikt und behinderten so eine innerstaatliche Konfliktbeilegung unter Federführung des UN-Sondergesandten. Im Speziellen vereitelten unilaterale Waffenlieferungen durch Frankreich und Großbritannien sowohl eine gemeinsame europäische Syrien-Politik als auch eine Konfliktlösung durch den UN-Sicherheitsrat, da sich Russland einerseits und Frankreich und Großbritannien andererseits militärisch auf entgegengesetzten Seiten engagierten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/12824 abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2013

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Karl-Georg Wellmann
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Karl-Georg Wellmann, Günter Gloser, Bijan Djir-Sarai, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/12824** in seiner 231. Sitzung am 21. März 2013 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag zielt auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages, Deutschland zu verpflichten, nach Syrien keine Waffen zu liefern. Ferner soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich in den Organen der EU für eine einjährige Verlängerung des EU-Waffen-Embargos einzusetzen und auf andere Staaten dahingehend Einfluss zu nehmen, dass auch diese die syrischen Konfliktparteien weder durch militärisches Gerät noch finanzielle Hilfe unterstützen. Sollte letzteres scheitern, sollen in diese Staaten zukünftig keine deutschen Waffenlieferungen erfolgen.

Die Lieferung von Waffen nach Syrien verschärfe die dortige Lage und führe zu höheren Opferzahlen. Im Generellen internationalisierten Waffenlieferungen den Konflikt und behinderten so eine innerstaatliche Konfliktbeilegung unter Federführung des UN-Sondergesandten. Im Speziellen verteilen unilaterale Waffenlieferungen durch Frankreich und Großbritannien sowohl eine gemeinsame europäische Syrienpolitik als auch Konfliktlösung durch den UN-Sicherheits-

rat, da sich Russland einerseits und Frankreich und Großbritannien andererseits militärisch auf entgegengesetzten Seiten engagierten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/12824 in seiner 104. Sitzung am 24. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12824 in seiner 139. Sitzung am 24. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12824 in seiner 84. Sitzung am 24. April 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 24. April 2013

Karl-Georg Wellmann
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatlerin

